

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Ratsmitglieder,
meine Damen und Herren
DIE LINKE wird dem Haushaltsplan 2015 **nicht** zustimmen, auch wenn es einige positive Ansätze gibt.

Dies liegt nicht an der handwerklichen Arbeit des Kämmerers bzw. den Mitarbeitern seines Fachbereiches, sondern in der inhaltlichen Gewichtung und Ausgestaltung des vorgestellten Zahlenwerkes.

Dazu unseren wesentliche Kritikpunkte

Einnahmeseite:

Die Erhöhung der Gewerbesteuer auf 460 Punkte(wie im HSK vereinbart) ist richtig, aber eine Anhebung um mindestens weitere 10 ist insbesondere angesichts der vom Kämmerer beschriebenen schlechteren Ausgangslage(Fehlbedarf 8 Millionen unter dem prognostizierten Ansatz) dringend notwendig und für die Industrie im Übrigen durchaus verkraftbar.

Im Ergebnis würde eine höhere Anhebung Mehreinnahmen bis zu einer Millionen Euro bedeuten.

Ein entsprechender Antrag meiner Fraktion ist abgelehnt worden.

So wird hier erneut eine Chance auf eine zumindest leichte Haushaltsverbesserung sträflich ausgelassen und mit Sicherheit werden wir im nächsten Jahr wieder über eine Erhöhung debattieren müssen. Ob dann 10 Punkte Erhöhung ausreichen werden, ist für uns mehr als fraglich. Es muss angesichts der desolaten Finanzlage der Stadt Lüdenscheid dieser Stelle auch die Frage gestellt werden, wie verantwortungsvoll eigentlich diese Nichtnutzung von Möglichkeiten ist und wie das dem Bürger erklärt werden soll.

Wenn sich ein grundsätzliches Zahlenwerk verändert, muss die Stadt auch einmal über bestehende Vereinbarungen hinausgehen.

Ich darf an dieser Stelle erneut daran erinnern, dass wir LINKE schon vor Jahren die Anhebung der Gewerbesteuer forderten. Dies wurde damals abgelehnt, um das Thema und die letztendliche Umsetzung dann doch zeitversetzt wieder anzupacken. Wie viel Einnahmen sind der Stadt durch die Zeitverzögerung entgangen, frage ich?

Ausgabenseite:

Die Kürzungen im Bereich der freiwilligen Leistungen sind unseres Erachtens des Öfteren ungerecht verteilt. Teilweise ist hier massive Lobbyarbeit zu erkennen. Nicht nachvollziehbar ist es beispielsweise, dass bei manchen Positionen wenige oder keine Kürzungen vorgenommen, andere allerdings gleich auf Null gesetzt wurden. Bei der Erhebung von Elternbeiträgen im Kita- und OGS Bereich hätte man statt der geplanten Erhöhungen weitere Bemessungsgrenzen nach oben einziehen müssen. Auch dies wäre für die best Verdienenden durchaus zumutbar gewesen.

Wenn schon eine kostenlose Bildung und Betreuung – wie wir es auf längere Sicht für unerlässlich halten - momentan nicht zu realisieren ist, darf zumindest der einkommensbezogene Beitragssatz nicht dort stehen bleiben, wo dies momentan der Fall ist.

Personal:

Die Schaffung weiterer Stellen ist ausdrücklich zu begrüßen. Der Weiterbeschäftigung der Klimaschutzbeauftragten wird zugestimmt.

Es darf jedoch nicht vergessen werden, wie diese doch offensichtlich unstrittige Entscheidung überhaupt erst möglich war.

Nämlich dadurch, dass auf Grund von KU-, KW-Vermerken im Vorfeld dermaßen viel Personal

abgebaut und Personalausgaben eingespart wurden, dass von dieser Ersparnis neue Stellengeschaffen werden können. Somit eine Rolle rückwärts und kein Ausdruck von weit schauender Personalpolitik. Zudem ist die Belastungsgrenze viele Bediensteter unseres Erachtens seit langem erreicht und auch teilweise überschritten. Auch für die nächsten Jahre ist ein weiterer Personalabbau nicht hinnehmbar. Dies auch deshalb, weil wir der festen Überzeugung sind, dass eine zu dünne städtische Personaldecke letztendlich dazu führen wird, dass die damit einhergehenden Verschlechterungen bsp. im Servicebereich(wie auch schon jetzt zu beobachten) zu einem weiteren Attraktivitätsverlust unserer Stadt führen würde. Das wollen und können wir uns nicht leisten.

Strukturelles Defizit:

Gesetze und Verordnungen auf Landes- und Bundesebene, welche in der Ausführung den Städten obliegen, belasten die Kommunen seit Jahren insbesondere auf Grund oft unzureichender Gegenfinanzierung. Dies bedeutet aber auch, dass das strukturelle Defizit der Stadt Lüdenscheid letztendlich nur auf den übergeordneten politische Ebenen gelöst werden kann.

Den Städten muss schlichtweg deutlich mehr Geld zur Verfügung gestellt werden. Solange derartiges nicht geschieht, wird die Stadt Lüdenscheid keine dauerhaft positive Entwicklung nehmen können.

Insofern glauben wir auch nicht an die Erreichbarkeit eines in sich gesunden Haushaltes der Stadt Lüdenscheid unter den gegebenen Rahmenbedingungen. Letztendlich trägt das Finanzgebaren von Bund und Land mit dazu bei, dass ein teilweise enormer, gnadenloser Konkurrenzkampf zwischen den Kommunen und Gemeinden des Märkischen Kreises herrscht, der es teilweise unmöglich macht, gemeinsam zu überlegen und zu entscheiden obwohl dies zunehmend notwendiger wird. Auch die Zusammenarbeit mit dem Märkischen Kreis gestaltet sich vor dem Hintergrund dessen schlechter Finanzsituation nach unserer Wahrnehmung zunehmend schwieriger bzw. konflikthaltiger.

Grundsätzlich sehen wir auch die heimischen Landtags- und Bundestagsabgeordneten in der Pflicht, sich (weiterhin) dauerhaft und mit Nachdruck für die Verbesserung der kommunalen Haushalte einzusetzen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Legende:

KW - Vermerk = künftig wegfallend

KU - Vermerk = künftig unterbewertet